



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

65. Sitzung (öffentlich)

21. Januar 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt (Lippisches Landes-Brand-Änderungsgesetz – LLBÄndG) | 5 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7796 | |
| | Stellungnahmen 14/2242, 14/2246 und 14/2247 | |
| | Zuschrift 14/2275 | |
| | – Hinzuziehung von Sachverständigen | |
| | – Direktor Harry K. Voigtsberger (LVR) | 5 |
| | – Direktor Dr. Wolfgang Kirsch (LWL) | 7 |
| | – Vorsteher Dr. Andreas Kasper (Landesverband Lippe) | 9 |

2 Leben im Alter im Wohnquartier sichern: Kurswechsel in der Altenpolitik erforderlich – Quartiersbezogene Wohn- und Pflegeangebote statt Ausbau von stationären Großeinrichtungen 11

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6695

Ausschussprotokoll 14/781

Der Ausschuss kommt angesichts der begrenzten Sitzungszeit überein, keine Debatte zu führen und kein Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration abzugeben.

3 Gesetz über die Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7002 und 14/7900 (1. Ergänzung)

Ausschussprotokoll 14/803

Der Ausschuss gibt nach der Anhörung zur 1. Ergänzung ein aktualisiertes Meinungsbild zu dem bereits an den federführenden HFA ergangenen Votum ab.

4 Bundeskonjunkturprogramm für kommunale Investitionen: Gesamtumfang und Fördermodalitäten für die Kommunen in NRW sowie haushaltswirtschaftliche und kommunalaufsichtliche Regelungen für die Teilnahme von Kommunen mit Nothaushalt und HSK 13

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

– Bericht der Landesregierung

– Bericht durch MDgt Johannes Winkel (IM) 13

– Diskussion 15

5 Gesetz zur Änderung verfahrens-, zustellungs- und gebührenrechtlicher Regelungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in das Landesrecht von Nordrhein-Westfalen und weiterer Anpassungen **20**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8025

Ohne weitere Aussprache kommt der Ausschuss überein, am 25. März zu oben genanntem Thema eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, über das Ausschussesekretariat die Sachverständigen zu benennen. Der mitberatende Hauptausschuss wird über die Terminierung der Anhörung informiert.

6 Eltern nicht im Regen stehen lassen – Kommunen beim Ausbau von U3-Plätzen besser unterstützen **21**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8084

Der Ausschuss kommt überein, sich an einer seitens des federführenden AGFI geplanten Anhörung nachrichtlich zu beteiligen und deren Ergebnis abzuwarten.

7 Rechtliche Zulässigkeit einer Überschuldung einzelner Kommunen gemäß § 75 Abs. 7 GO NRW nach Umstellung auf NKF **22**

Vorlage 14/2052

Ausschussprotokoll 14/763

Nach erfolgtem Bericht durch die Landesregierung und der Auswertung des Sachverständigengesprächs betrachtet der Ausschuss den Punkt als erledigt.

Nächste Beratung: 4. März 2009

22

3 Gesetz über die Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7002 und 14/7900 (1. Ergänzung)

Ausschussprotokoll 14/803

Vorsitzender Edgar Moron leitet ein, das Protokoll über die Anhörung zur 1. Ergänzung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes NRW an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009 liege vor. Morgen werde der Haushalts- und Finanzausschuss abschließend beraten. Da der AKV bereits seine Beschlussempfehlung zum GFG abgegeben habe, könne er jetzt nur noch, wenn gewünscht, ein Meinungsbild an den HFA übermitteln.

Hans-Willi Körfges (SPD) kommt ausdrücklich auf die Kritik der kommunalen Spitzenverbände an der Zweckbindung im Bereich der Schulpauschale zulasten der allgemeinen Schlüsselzuweisung zu sprechen. Seine Fraktion unterstütze diese Kritik ausdrücklich. - **Horst Becker (GRÜNE)** schließt sich der Kritik in Bezug auf die 60 Millionen € an.

Rainer Lux (CDU) äußert für seine Fraktion, man habe sich nach sorgfältigem Abwägen der Kritik der kommunalen Spitzenverbände nicht anschließen können. - Dem pflichtet **Horst Engel (FDP)** bei.

